

Offene Fragen der Geschichte Band 8

Chronik von 1952 bis 1986

Wiedergutmachungsleistungen,
Volksaufstand im Juni 1953,
Deutsches Wirtschaftswunder,
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft,
Bau der Berliner Mauer,
Internationale Kubakrise,
Vietnamkrieg 1965-1975,
68er Bewegung,
Ratifizierung der Ostverträge,
Unbewältigte Vergangenheit ...

Band 8/023

Chronik vom 6. November 1970 bis zum 29. Februar 1972

06.11.1970

BRD: Das BdV-Präsidium warnt am 6. November 1970 die SPD/FDP-Regierung vor den Folgen des deutsch-polnischen Vertrages (x155/212-213): >>... 3. In zahlreichen offiziellen Erklärungen und Dokumenten hat die Volksrepublik Polen festgestellt, daß die Entfernung der deutschen Bevölkerung aus ihren Wohnsitzen, also praktisch die Massendeportation der Deutschen, untrennbare Voraussetzung und Bestandteil der Gebietsänderung ist.

... Durch die Hinnahme der Folgen der völkerrechtlich verbotenen Zwangsaussiedlung droht eine Minderung und Behinderung der Menschenrechte der Vertriebenen - als einzelner und als Person in der Gemeinschaft - einzutreten ...

4. Das Bundesministerium des Innern als das für Verfassungs- und Staatsangehörigkeitsfragen zuständige Ministerium hat in seinem Gutachten für das Auswärtige Amt festgehalten, daß die Deutschen in den unter fremder Gewalt stehenden deutschen Ostgebieten deutsche Staatsangehörige sind. Bei den Verhandlungen in Warschau darf dieser Rechtsstandpunkt nicht aufgegeben und es dürfen keine Erklärungen abgegeben werden, die dazu führen könnten, daß diesen Deutschen ihre Staatsangehörigkeit entzogen wird. ...

5. Offenbar soll die Auffassung aller früheren Bundesregierungen und der Sprecher der Opposition im Bundestag aus den Jahren 1950 bis 1969 aufgegeben werden, wonach die Bundesrepublik Deutschland kein Mandat hat oder beanspruchen soll, verbindliche Feststellungen über die Westgrenze Polens und somit über die Ostgrenze Deutschlands zu treffen. ...<<

13.11.1970

BRD: Kardinal Döpfner erklärt am 13. November 1970 auf der Jahresversammlung der Deutschen Sektion von Pax Christi in Würzburg (x064/11): >>... An die erste Stelle der Friedensaufgaben der katholischen Kirche der Bundesrepublik gehört zweifellos, und zwar auf viele Jahre hinaus, die Verständigung und Versöhnung mit Polen. Wie immer man zu dem Vertrag stehen mag, über den gegenwärtig verhandelt wird, - diese Aufgabe ist und bleibt gestellt.<<

18.11.1970

Polen: Die Außenminister Scheel und Jendrychowski paraphieren am 18. November 1970 in Warschau den deutsch-polnischen Vertrag (x064/71): >>Vertrag zwischen der Bundesrepu-

blik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenwärtigen Beziehungen. ...

In dem Bewußtsein, daß die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind, sind (wir) wie folgt übereingekommen:

Artikel I

I. Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen stellen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf im Kapitel IX der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 von der Ostsee unmittelbar westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze mit der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet. ...<<

19.11.1970

BRD: Die Landsmannschaft Schlesien berichtet am 19. November 1970 über die Paraphierung des Warschauer Vertrages (x155/214-215): >>1. Mit der Wiederholung des Görlitzer Abkommens von 1950 durch die Paraphierung des Warschauer Vertrages durch den Bundesaußenminister Walter Scheel wird auf Ostpreußen, den Osten Pommerns und Brandenburgs und auf ganz Schlesien zugunsten des polnischen Nationalismus und des kommunistischen Imperialismus verzichtet.

2. Mit der Wiederholung des Görlitzer Abkommens wird von der Bundesregierung ein zwischen 2 kommunistischen Gewaltsystemen abgeschlossenes Grenzabkommen nachvollzogen, die Oder-Neiße-Linie als Deutschlands Ostgrenze anerkannt und die Heimat von 9 Millionen Deutschen preisgegeben.

3. Zum Görlitzer Abkommen erklärte der SPD-Bundestagsabgeordnete und frühere Reichstagspräsident Paul Löbe im Namen von Bundestag, Bundesregierung und Bundesrat am 13. Juni 1950: "Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben oder eine Politik des Verzichts zu treiben."

Dieses Wort hat nichts in seiner Geltung auch für heute verloren.

4. Mit der Wiederholung des Görlitzer Abkommens in Warschau ist nicht nur Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße, das sind 104.000 qkm und nahezu ein viertel Deutschlands in den Grenzen von Weimar, zum Ausland erklärt worden, sondern Deutschland in den Grenzen von 1937 hat, entgegen den Protokollen von London und Berlin und entgegen dem Grundgesetz als Rechts- und Geschäftsgrundlage, für die deutsche und internationale Politik aufgehört zu existieren.

5. Wenn nachträglich der Eindruck erweckt werden soll, als sei eine erleichterte Prozedur in der Aussiedlung der ausreisewilligen Deutschen der Gewinn, so heißt das: Die entgegen allen Bestimmungen des Internationalen Roten Kreuzes verweigerte Menschlichkeit läßt sich die polnische Regierung durch die Erfüllung härtester politischer Forderungen abkaufen. Für die scheinbar gewährte und jederzeit widerrufbare Menschlichkeit, die sich von selbst verstehen sollte, wird mit Gleiwitz und Breslau, Stettin und Allenstein, das heißt mit über 700 Jahren deutscher Geschichte bezahlt.

6. Das Görlitzer Abkommen von Warschau ist ein Vorfriedensvertrag und widerspricht dem Grundgesetz und dem Deutschlandvertrag. Die Bundesregierung hat kein Mandat die gewaltsame Teilung Deutschlands aus freien Stücken nachzuvollziehen und eine gesamtdeutsche Regierung heute und künftig zu verpflichten.

7. Das Görlitzer Abkommen von Warschau sanktioniert Vertreibung und Annexion, denn nur Vertreibung und Annexion schufen die Oder-Neiße-Linie, die jetzt Grenze heißen soll. ...<<

Der BdV-Vizepräsident Dr. Herbert Hupka (1915-2006) schreibt später in einer Stellungnahme zum Warschauer Vertrag (x067/147): >>... Aber es kann uns auch niemand bestreiten, daß wir als Deutsche, wenn von Deutschland die Rede ist, von Deutschland in den Grenzen von 1937 ausgehen, zumal selbst die Siegermächte dieses Deutschland ihren Verhandlungen und Absprachen – auch in Potsdam 1945 – zugrundegelegt haben. ...

Das Bekenntnis zur Nation, zu seiner Geschichte und seiner Zukunft ist in keinem anderen Volk umstritten, nur bei uns ist mancher schnell mit dem Vorwurf des Nationalismus zur Stelle, wenn auch für das deutsche Volk das Streben nach der Wiederherstellung der Nation als Inhalt der Politik postuliert wird.

Niemand braucht heute vor uns Deutschen Angst zu haben, als strebten wir nach fremdem Territorium, als spielten wir mit der Möglichkeit der Gewalt.

Aber man soll von uns auch nicht verlangen, daß wir die Kriegsbeute der Gegenseite, nur weil der Zweite Weltkrieg durch Hitler (wenn auch nicht von ihm allein) entfesselt worden ist und wir ihn als deutsches Volk verloren haben, mit dem Stempel der Legalität ausstatten müßten.<<

20.11.1970

BRD: Bundeskanzler Brandt erläutert am 20. November 1970 den deutsch-polnischen Vertrag (x064/75-76): >>... Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen ist ein beide Völker bewegendes Dokument. Er soll ein dunkles Kapitel der europäischen Geschichte abschließen. Es soll ein neues Kapitel einleiten. Die Zeit ist gekommen für den Schlußstrich und für den Neubeginn.

... Das polnische Volk hat Unsagbares erliden müssen. ... Jetzt geht es um die friedliche Zukunft zwischen den beiden Ländern und Völkern.

Wer seine Angehörigen verloren hat, wem seine Heimat genommen wurde, der wird nur schwer vergessen können. ...

Trotzdem muß ich gerade in dieser Stunde die heimatvertriebenen Landsleute bitten, nicht mit Bitterkeit zu verharren, sondern den Blick in die Zukunft zu richten. ...

Die Geschichte allein kann erweisen, ob dies, wie wir hoffen, der Beginn der eigentlichen Aussöhnung sein wird ...

Der Vertrag bedeutet selbstverständlich nicht, daß Unrecht nachträglich legitimiert wird. Er bedeutet also auch keine Rechtfertigung der Vertreibung. ...<<

Das BdV-Präsidium lehnt am 20. November 1970 die Paraphierung des Warschauer Vertrages ab (x155/216-217): >>... Wir widersprechen heute und künftig der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze.

Mit allen demokratischen Mitteln muß erreicht werden, daß den ungerechten und grundgesetzwidrigen Verträgen im Bundestag und Bundesrat die Zustimmung versagt wird. ...

Wir bestreiten der Bundesrepublik Deutschland das Mandat, vor frei vereinbarten friedensvertraglichen Regelungen Demarkationslinien in Deutschland in "bestehende Grenzen" vertraglich umzuwandeln. Der freie Teil Deutschlands muß die Selbstbestimmung unseres Staatsvolkes und unserer Nachbarn für eine freie Vereinbarung offenhalten.

Die Bundesregierung ist nicht legitimiert, die Bundesrepublik Deutschland auf die Abtretung eines Viertels von Deutschland und die Teilung Restdeutschlands für heute und künftig vertraglich festzulegen. Die Bundesregierung darf Deutschland nicht in eine gegenüber 1945 verschlechterte Position bringen und einen ins Nichts geworfenen Verzicht auf unsere Heimat aussprechen.

Die Abtretung von Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Schlesien, Oberschlesien und Teilen Brandenburgs an Polen steht im Gegensatz zum Grundgesetz, zu den allgemeinen Regeln des Völkerrechts und zum Deutschlandvertrag.

Polen verknüpft die Forderung nach Gebietsabtretungen mit der Forderung nach Fortdauer der

Folgen der Massenvertreibung. Die Bundesregierung hat ihren Vorbehalt dagegen nicht in völkerrechtlich gültiger Form verankert und nicht in dieser Form die Hinnahme des Unrechts der Massenvertreibung und des Faustrechts als Mittel der Politik abgelehnt. ...

Wir wissen um die furchtbaren Opfer des polnischen Volkes; wir dürfen aber auch das Unrecht, das Millionen unschuldiger Deutscher traf, nicht verschweigen. ...<<

22.11.1970

BRD: Die Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg verurteilt am 22. November 1970 die Paraphierung des Warschauer Vertrages (x155/218): >>... Die Vertreibung von Millionen Menschen und die Annexion eines Viertels des deutschen Bodens werden nicht nur von deutscher Seite juristisch legitimiert, sondern - was schwerer wiegt - Vertreibung und Annexion werden im Gegensatz zu allen geltenden Grundsätzen des Völkerrechts für die Zukunft als Mittel der Politik politisch und historisch gerechtfertigt. ...<<

27.11.1970

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) schreibt am 27. November 1970 in einem Telegramm an Bundesaußenminister Walter Scheel (x155/220): >>... Sie, Herr Bundesaußenminister, wollen sich mit der Begrenzung der Freizügigkeit in den seit Potsdam von Polen verwalteten Gebieten auf wenige Zehntausende Deutsche abfinden und zugunsten eines kurzlebigen politischen Scheinerfolgs die Menschenrechte von anderen Hunderttausenden preisgeben. ...

Sie sind glücklich darüber, daß Sie einen in Nichts geworfenen Verzicht auf über 100.000 qkm deutschen Gebietes aussprechen können und daß Sie der sowjetischen Nachkriegskonzeption von 1945 sowie ihrer Durchsetzung durch das Faustrecht der Massenvertreibung nun nach 25 Jahren die politische Zustimmung der Deutschen zu verschaffen versuchen.

Ihre Pflicht wäre es, die Menschenrechte in den deutschen Ostgebieten, die allgemeinen Regeln des Völkerrechts, die Rechte Deutschlands und der Deutschen, wie es das Grundgesetz vorschreibt, zu wahren.

Der von Ihnen paraphierte Vertrag darf keine Zustimmung des Parlaments erhalten. ...<<

07.12.1970

Polen: Bundeskanzler Brandt unterzeichnet am 7. Dezember 1970 den "Warschauer Vertrag". Die Unverletzlichkeit der Oder-Neiße-Linie wird anerkannt.

Brandts Kniefall vor dem Mahnmal im Warschauer Getto "geht damals um die Welt".



Abb. 84 (x101/81): Ein Bild, das um die Welt ging: Der Kniefall Bundeskanzler Brandts vor dem Mahnmal im Warschauer Getto am 7. Dezember 1970.

Willy Brandt (1913-1992, eigentlicher Name: Herbert Ernst Karl Frahm, deutscher Journalist, emigrierte 1933 nach Dänemark und später nach Norwegen, 1957-1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1964-1987 SPD-Vorsitzender, 1966-1969 Vizekanzler und Außenminister, 1969-1974 Bundeskanzler, erhielt 1971 den Friedensnobelpreis, 1974 Rücktritt wegen einer Spionageaffäre, 1976-1992 Präsident der Sozialistischen Internationale).

Die Verträge von Moskau und Warschau leiteten schließlich langfristig die Osterweiterung der NATO und EU ein.

Artikel I des Warschauer Vertrages lautet wie folgt (x024/269): >>... Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik Polen stellen übereinstimmend fest, daß die bestehende Grenzlinie, deren Verlauf im Artikel IX der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz vom 2. August 1945 von der Ostsee westlich von Swinemünde und von dort die Oder entlang bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße entlang bis zur Grenze der Tschechoslowakei festgelegt worden ist, die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet.

2. Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit ihrer bestehenden Grenzen jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich gegenseitig zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität.

3. Sie erklären, daß sie gegeneinander keinerlei Gebietsansprüche haben und solche auch in Zukunft nicht erheben werden.<<

08.12.1970

Ostdeutschland: Bei der polnischen Volkszählung vom 8. Dezember 1970 werden in den

Oder-Neiße-Gebieten etwa 680.000 Deutsche erfaßt, die dort seit über 25 Jahren leben (x077/35).

22.12.1970

BRD: Kardinal Döpfner, Vorsitzender der katholischen Bischofskonferenz, erklärt am 22. Dezember 1970 (x064/11,13): >>... Die Bevölkerung in der Bundesrepublik wünscht in ihrer Gesamtheit die Aussöhnung mit dem polnischen Volk und ist bereit, dafür Opfer zu bringen. ... Die Aussöhnung zwischen den Völkern ist nicht Aufgabe der Politiker allein, sondern auch vor allem des Einzelnen und der Gruppen in jedem Volk. ...

Wir danken den polnischen Bischöfen heute noch einmal dafür, daß sie uns während des 2. Vatikanischen Konzils ihre Hände zum Zeichen der Vergebung entgegengestreckt haben. ...<< >>... Wir glauben nicht an einen Gott, der verhärtete Fronten und Strukturen garantiert, sondern an den Gott, der Neues schafft und uns helfen will, miteinander einen neuen Anfang zu setzen.<<

1970

BRD: Ulrike Meinhof (1934-1976, Anführerin der radikalen "Rote Armee Fraktion") bekennt sich im Jahre 1970 zu offenen, geplanten Gewalttaten (x300/200): >>... Jede politische Arbeit (ist) einfach perspektivlos und (kann) über einige Reformen nicht hinauskommen, kann also genau das nicht erreichen, was notwendig ist, zu erreichen, wenn nicht die Form der Ausbeutung und die Form der Unterdrückung nur verändert werden sollen; man (kann) das überhaupt nicht erreichen, wenn man nicht gleichzeitig mit der Organisierung des Proletariats, mit der Arbeit in den Betrieben und den Stadtteilen auch die Bewaffnung betreibt, das heißt, die Möglichkeiten schafft, die Auseinandersetzung durchzustehen. ...

... Und wir sagen natürlich, die Bullen sind Schweine, wir sagen, der Typ in Uniform ist ein Schwein, das ist kein Mensch, und so haben wir nicht mit ihm zu reden, und es ist falsch, überhaupt mit diesen Leuten zu reden, und natürlich kann geschossen werden.<<

Der deutsche Soziologe Prof. Wilfried Schlau (1917-2010) berichtet im Jahre 1970 über die Lage der deutschen Vertriebenen (x024/292-293): >>Faßt man die Ergebnisse ... über die Lage der Vertriebenen zusammen, so dürfte deutlich geworden sein, warum sich die Flüchtlinge und vor allem die Vertriebenen 25 Jahre nach ihrer Flucht und (der) oft unter grauenhaften Umständen erfolgten Vertreibung trotz ihrer seither erbrachten unstreitbar großen Leistungen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens nicht – wie in Finnland mit seiner Solidarität "aller Karelier" – der besonderen Fürsorge und Zuneigung der heimatverbliebenen Bevölkerung erfreuen.

Im Gegenteil: Sie sind, trotz der "Charta der Vertriebenen" und obgleich sie in diesen 25 Jahren niemals auch nur versucht haben, Gewaltmaßnahmen irgendwelcher Art zu empfehlen oder sogar anzuwenden, gehaßt ebenso bei ihren Vertreibern in den westlichen Demokratien wie in den östlichen Volksdemokratien und beneidet, gefürchtet, ja nur zu oft gehaßt bei den wirtschaftlich und politisch maßgebenden Schichten und Gruppen in der Bundesrepublik, deren "Prügelknaben" ... sie in so unerwarteter Weise sie geworden sind.

An dieser Animosität aber dürfte sich auch in Zukunft nichts ändern, solange die Vertriebenen und Flüchtlinge

1. einen wirklichen Lastenausgleich verlangen und damit und damit auf der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit beharren,
2. das Heimatrecht als grundlegendes Menschenrecht nicht fallen lassen und den Anspruch auf Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes als des Grundrechtes der Demokratie schlechthin nicht aufgeben,
3. an ihrem gesamtdeutschen Bewußtsein festhalten und auf der Verwirklichung der in der Präambel des Grundgesetzes verankerten gesamtdeutschen Zielsetzung bestehen und
4. durch ihren sozialen Wiederaufstieg aus eigener Kraft und Leistung und ihr Bemühen, als

"soziales Gewissen" einer wirklich demokratischen, offenen und freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung den Weg zu ebnet, die Machtpositionen der in der Bundesrepublik wirtschaftlich und politisch herrschenden Gruppen und Schichten gefährden. ...<<

In den Geschichtsbüchern, die für den Gebrauch in Schulen der Bundesrepublik Deutschland genehmigt werden, reduziert man die Berichte über die Flucht und Vertreibung der Deutschen in Ost-Mitteleuropa von Jahr zu Jahr, da sie angeblich nicht mehr dem aktuellen Zeitgeist entsprechen.

Im Jahre 1970 berichtet man z.B. wie folgt über die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa (x058/148): >>Durch die Beschlüsse von Potsdam wurden 11,5 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben.

Die Alliierten stimmten damit Maßnahmen zu, die unsägliches Elend über die deutsche Bevölkerung brachten. Tausende waren bereits bei der Flucht vor der Roten Armee im eisigen Winter auf den Landstraßen umgekommen, in der Ostsee ertrunken oder von der vorrückenden Roten Armee umgebracht worden.

Ein erbarmungsloses Strafgericht traf die in den Ostprovinzen verbliebenen Menschen. Hilfesuche deutscher Antifaschisten fanden bei den Siegern kaum Gehör. ...<<

USA: Der US-Politikwissenschaftler Brzezinski (von 1966-1968 und 1977-1981 Sicherheitsberater der US-Präsidenten Johnson und Carter) berichtet 1970 in seinem Buch "Between Two Ages" (x363/8): >>"Die technotronische Ära wird eine schrittweise in Erscheinung tretende, stärker kontrollierte Gesellschaft mit sich bringen. Eine solche Gesellschaft würde dominiert von einer Elite, unbehindert von traditionellen Werten."<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über Zbigniew Brzezinski und die US-Zusammenarbeit mit den kommunistischen Ländern (x364/221-225): >>**XII. Siegen die Illuminaten?**

Kurz nach Jimmy Carters Inauguration und Zbigniew Brzezinskis Ernennung zum Direktor des Nationalen Sicherheitswesens veröffentlichte die Trilaterale Kommission den Bericht "Mitarbeit mit den kommunistischen Ländern zur Lösung globaler Probleme". Der 1977 erschienene Bericht stellte fest:

"Diese Schrift wurde veranlaßt von dem Bestreben, jede Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den kommunistischen Ländern bei der Behandlung gewisser internationaler Probleme auszunutzen. Im Rahmen dieser von uns gesuchten Zusammenarbeit zwischen Ost und West ist es unser Hauptziel, die Weltprobleme wirkungsvoller in Angriff zu nehmen. Eine Mitarbeit der Kommunisten könnte bei der Behandlung dieser Probleme von Nutzen sein."

Seit 1953, als Experte für sowjetische Angelegenheiten am Forschungsinstitut für internationale Veränderung, Columbia School, Washington D.C., sowie in Harvard tätig, schrieb Brzezinski ein 1970 als Paperback erschienenes Buch mit dem Titel "Between two Ages", das uns einen Vorgeschmack auf das gab, was uns und unseren Kindern an Niedertracht geboten werden wird.

Engstirnigkeit infolge Unaufgeklärtheit

Die offizielle trilaterale Veröffentlichung befaßte sich mit der "Trilateral-Kommunistischen Zusammenarbeit in neun globalen Problembereichen", den Ozeanen und dem Weltall, der trilateral-kommunistischen Zusammenarbeit im Bereich der Wetter-Änderungen und der Erdbeben-Kontrolle, Zunahme, des Sowjet-Handels mit dem Westen - besonders was technologische und strategische Güter betrifft.

Ein in Brzezinskis Buch "Zwischen zwei Weltaltern" enthaltenes Zitat lautet: "Die Technologie wird den Führern der größeren Nationen eine Auswahl von technischen Verfahren zur Durchführung geheimer Kriege zur Verfügung stellen, von denen nur ein sehr kleiner Teil der Sicherheitskräfte unterrichtet zu werden braucht. Technische Verfahren zur Änderung des Wetters könnten benutzt werden, um lang andauernde Dürre - beziehungsweise Unwetter-

perioden mit dem Ziel auszulösen, die Widerstandskraft einer Nation zu schwächen und sie zu zwingen, die Forderungen des Gegners anzunehmen."

Das Buch von Brzezinski wird als die Bibel der Trilateralen bezeichnet. Bei der Darlegung, warum die Welt "ein neues Gewebe internationaler Beziehungen weben" muß (Pseudonym für eine Neue Weltordnung), behauptet Brzezinski, daß die Menschheit große Entwicklungsphasen durchgemacht hat und wir uns heute mitten in der vierten und letzten Phase befinden. Nach Brzezinskis Bewertung der Geschichte hat sich die erste, sehr primitive "Phase" um Religion gedreht und dafür gesorgt, daß "die Idee angenommen wurde, das Schicksal des Menschen liege im wesentlichen nur in der Hand Gottes".

Eine solche Vorstellung ist für einen derartig großen und "illuminierten" Verstand, wie ihn der eingewanderte Pole sein eigen nennt, vollkommen unakzeptabel, da sie eine "Engstirnigkeit infolge massiver Unaufgeklärtheit, Analphabetentum und eine auf die unmittelbare Umwelt beschränkte Sicht" bezeugt.

Bruder Zbig und der Marxismus

Er erzählt uns, daß die zweite Phase, die der Mensch auf dem Weg zur wahren Erleuchtung durchgehen mußte, der Nationalismus gewesen ist, "der ein weiterer gigantischer Schritt in der fortschreitenden Neudefinition vom Wesen des Menschen und seinem Platz in der Welt war".

Die dritte Phase sei der Marxismus, der "eine weitere entscheidende und kreative Phase der Ausreifung des menschlichen Universalbildes darstellt. Gleichzeitig bedeutet der Marxismus einen Sieg des äußeren, aktiven Menschen über den inneren, passiven Menschen und einen Sieg des Denkens über den Glauben: er betont die Möglichkeit des Menschen, sein materielles Schicksal zu formen, und dies hat dazu gedient, das Denken anzuregen und menschliche Energie zweckgerichtet zu mobilisieren."

Einige Seiten später verlangt "Bruder Zbig", daß wir ihm glauben sollen, daß "der Marxismus, der in dem von den Bemühungen der industriellen und nationalistischen Revolutionären hervorgebrachten sozialen Umbruch geboren wurde, ein einmaliges intellektuelles Instrument war, um die grundlegenden Kräfte unserer Zeit zu verstehen und zu harmonisieren, er hat die Fahne der Internationalen aufgezo-gen".

Hinsichtlich der "Rivalität" zwischen Rußland und Amerika findet Brzezinski anscheinend an dem russischen Standpunkt nichts auszusetzen, daß "das letztendliche Ergebnis des Wettkampfes, aufgrund der historischen Überlegenheit des kommunistischen Systems, schon im vornhinein feststeht".

Die vierte und abschließende Phase wird von Brzezinski als die "Technotronische Ära" bezeichnet - beziehungsweise das "Ideal des vernünftigen Humanitarismus auf weltweiter Ebene". Laut "Websters New Collegiate Dictionary" bedeutet Humanitarismus "den Grundsatz, der das göttliche Wesen von Jesus Christus verneint. Die Doktrin, daß die Verpflichtungen des Menschen auf den Menschen und die menschlichen Beziehungen beschränkt sind und ausschließlich von ihm ausgehen.

Die Doktrin, daß sich das Wesen des Menschen allein durch eigene Anstrengungen, ohne Gottes Gnade vervollkommen läßt." Dies ist die Quintessenz des Illuminatentums - das Dogma, daß es eine Elite gibt, die ganz allein dazu berechtigt ist, die Angelegenheit der Menschheit zu bestimmen.

Eine Elite kontrolliert und steuert

Es ist offenbar, daß Brzezinski ein einsatzfreudiger Verfechter dieser Überlegungen ist. Seine bevorstehende "Technokratische Ära" steht "in unmittelbarem Zusammenhang mit den Auswirkungen der Technologie" und "bedingt das allmähliche Erscheinen einer Gesellschaft, die vermehrt kontrolliert und gesteuert wird.

Eine solche Gesellschaft dürfte von einer Elite beherrscht werden, ungehindert von traditionellen Werten. Diese Elite dürfte nicht zögern, ihre politischen Ziele unter Einsatz der aller-

modernsten Techniken zu verwirklichen, mit denen sich das Volksverhalten beeinflussen läßt und die Gesellschaft genauestens überwacht und kontrolliert werden kann."

In der Januar-Ausgabe von 1968 des "'Encounter" führt Brzezinski zu demselben Thema aus: "Die Wissenschaftler sind zuversichtlich, daß bis zum Ende dieses Jahrhunderts der Computer genausogut denken kann wie der Mensch und in der Lage sein wird, "kreative" Gedanken zu haben; angeschlossen an Roboter oder "Retortenmenschen" könnten sie wie Menschen handeln."

"Gleichzeitig werden die Möglichkeiten zur sozialen und politischen Kontrolle über das Individuum ungeheuerlich zunehmen. Wie ich bereits gesagt habe, es wird möglich sein, eine fast permanente Überwachung über jeden einzelnen Bürger auszuüben und eine aktuelle vollständige Datenkartei zu führen, die selbst höchst private Angaben über die Gesundheit oder das persönliche Verhalten des Bürgers enthält, und zwar neben all den üblichen Daten. Diese Datenbanken werden dem sofortigen Zugriff der Behörden unterliegen."

In "The Freeman Digest" erklärte George W. Franklin, Koordinator der Trilateralen Kommission, daß "bestimmte weise Männer" (zweifelloos Illuminierte) "eingesetzt würden, um darüber zu entscheiden, was getan werden muß"!

Brzezinski erklärt: "Die Realität unserer Zeit ist die, daß eine moderne Gesellschaft wie die U.S., ein zentrales Organ zur Koordinierung und Umstrukturierung braucht, das nicht aus 600 Leuten bestehen kann."

Wie hat sich Brzezinski vorgestellt, daß die amerikanische Nation und die Welt seine elitäre "Neue Weltordnung" annehmen soll? Dazu erläutert er: "Spannung ist unvermeidlich, wenn der Mensch versucht, das Neue in das Rahmenwerk des Alten zu integrieren. Eine Zeitlang wird der vorhandene Rahmen flexibel genug sein, um das Neue zu integrieren, und zwar indem er es in einer vertrauteren Form anpaßt. Aber irgendwann einmal wird der alte Rahmen überlastet sein. Die neue Menge an Schwierigkeiten läßt sich nicht mehr in traditionelle Formen umfunktionieren und macht sich schließlich mit zwingender Gewalt geltend.

Heute schon ist der alte Rahmen der internationalen Politik mit ihren Einflußbereichen, Militärbündnissen zwischen Nationenstaaten, der Fiktion von Souveränität, den doktrinären Konflikten aus den Krisen des 19. Jahrhunderts - ganz eindeutig nicht mehr mit der Realität zu vereinbaren."

Bruder Zbig und die Banker

Man sollte nicht übersehen, daß Brzezinski während seiner Zeit als Leiter des Forschungsinstitutes für Kommunistische Angelegenheiten an der Columbia Universität ebenfalls als "außenpolitischer Berater" und Vertrauter von David Rockefeller tätig war, Es ist offensichtlich, daß der mächtigste Mann in den Vereinigten Staaten, für den angeblich das Amt des Präsidenten eine Rückstufung darstellen würde, an der anti-amerikanischen Philosophie des polnischen Immigranten einen höchst persönlichen Gefallen fand.

Im Jahre 1972 schlug Rockefeller in einer Rede vor dem internationalen Finanzpublikum der Chase Manhattan Bank in London, Brüssel und Paris die Gründung einer Internationalen Kommission für Frieden und Wohlstand vor (die später Trilaterale Kommission genannt wurde), die "dafür sorgen sollte, daß die klügsten Köpfe sich mit den Problemen der Zukunft befassen".

Zum Schluß seiner Ausführungen sagte er: "Die Angehörigen dieser neuen Generation werden sich sehr viel leichter als ihre Vorfahren über nationale und sprachliche Grenzen hinwegsetzen. Sie werden ein Maß an wirtschaftlicher Integration für selbstverständlich halten und jeden Widerstand leisten, die sich in die Getrenntheit zurückziehen möchten."

"Ich bin sicher, daß, wenn die neuen Männer und Frauen an die Macht in Regierung und Industrie, in den Universitäten und den Gewerkschaften kommen, wir es leichter haben werden, als es zur Zeit aussieht, eine Interessengemeinschaft zu errichten."

Der Multi-Milliardär David Rockefeller hat Brzezinski zu seinem Strohmann gewählt, der dann seine elitäre Trilaterale Kommission gegründet hat. Von dem Rechercheur Craig S. Karpel erfahren wir, daß "Brzezinski im Juli 1973 die Columbia Universität verließ, um Präsident der Trilateralen Kommission zu werden.

Er hatte den Auftrag, 200 Mitglieder auszuwählen, die das nächstbeste zu einem Weltvorstand darstellen würden. Brzezinski suchte nicht nur die einflußreichsten Männer der multinationalen Großkonzerne aus, sondern er hat die Organisation auch mit Individuen durchsetzt, die für den Plan unerlässlich waren, um die Kandidaten der Kommission wie Carter und Mondale in hohe Regierungsämter zu bringen.

Um sich die Unterstützung der Massenmedien zu sichern, hat er den Chefredakteur der "Chicago Sun-Times", den Chefherausgeber der "Times", den Präsidenten der Columbia Broadcasting System und Direktoren der "Los Angeles Times", der "New York Times" und des "Wall Street Journal" mit aufgenommen. ...<<

US-Präsident Richard Nixon berichtet im Jahre 1970 über die nordamerikanisch-europäischen Beziehungen (x148/217): >>... Heute bringt Europa mehr eigene Lebenskraft auf. Überwiegender amerikanischer Einfluß, der eine natürliche Folge der Nachkriegsverhältnisse war, wäre heute verfehlt. Denn Nationen, die keinen Anteil an der Verantwortung für die lebenswichtigen Entscheidungen hinsichtlich ihrer eigenen Verteidigung und Außenpolitik haben, können weder ihre Selbstachtung noch ihre Selbstsicherheit wahren.

Amerikas Interesse liegt in einem ausgewogeneren Verhältnis und in einer echteren Partnerschaft. Mit dem Fortschreiten dieses Prozesses muß die Verteilung der Lasten und Verantwortlichkeiten schrittweise so angepaßt werden, daß sie die wirtschaftlichen und politischen Realitäten des europäischen Fortschritts widerspiegeln. Unseren Verbündeten wird im Bündnis und in seinen Entscheidungen eine Stimme zustehen, die ihrer wachsenden Macht und ihren wachsenden Beiträgen entspricht.

Wenn wir jetzt von Vorherrschaft zu Partnerschaft übergehen, dann ist es möglich, daß manche das als einen Schritt im Sinne eines Disengagements betrachten. Im dritten Jahrzehnt unserer Verpflichtungen gegenüber Europa ist jedoch die Intensität unserer Beziehungen einfach eine Gegebenheit. Wir können uns von Europa ebensowenig lösen wie von Alaska.

Wir sind uns bewußt, daß Amerikas Beitrag in bestimmten Bereichen weiterhin einzigartig sein wird, so zum Beispiel bei der Aufrechterhaltung einer nuklearen Abschreckung und eines Ausmaßes an Engagement, das ausreicht, um die mächtige militärische Position der UdSSR in Osteuropa auszugleichen.

Wir haben jedoch nicht den Wunsch, in Europa eine solche Position einzunehmen, daß die europäischen Angelegenheiten nicht mehr von den souveränen Staaten erledigt werden, die für sie verantwortlich sind. ...<<

Ein US-Wissenschaftler schreibt im Jahre 1970 über die nordamerikanische Wirtschaftsmacht (x243/111): >>... Amerikas wachsende Vorherrschaft auf dem Gebiet der Wirtschaft und der Technologie stellt eine völlig neue Form des Imperialismus dar. ...

Diese friedliche Invasion ist weltweit; ihre politischen Auswirkungen werden aber wohl in Westeuropa am stärksten sein, in der alten Welt, deren überholte gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen langsam zerbröckeln und gleichzeitig unter dem Einfluß amerikanischer Management-Methoden und amerikanischen technologischen Könnens wiederaufgebaut werden.

Das alte Gesicht Europas wird derzeit "geliftet", aber wenn ... das neue Gesicht zum Vorschein kommt, dann ist es kein europäisches Gesicht mehr, sondern ein amerikanisches.

Während des ganzen 19. Jahrhunderts ist europäisches Kapital nach Nordamerika geflossen, wie in alle anderen Kontinente auch – frisches Kapital, das zusammen mit Amerikas eigenem Kapital Eisenbahnen und Industrieanlagen gebaut und die Vereinigten Staaten entwickelt hat.

Zwei Weltkriege haben die Richtung der Kapitalströme umgekehrt, und in den beiden Jahrzehnten nach dem 2. Weltkrieg hat sich eine gewaltige Flut an amerikanischem Kapital und industriellem "Know-how" ergossen, die den größten Teil der nichtkommunistischen Welt zu überschwemmen droht.<<

Peru: Ein Erdbeben in Yungay fordert im Jahre 1970 etwa 66.800 Todesopfer (x175/60).

1971

An nichts muß man mehr zweifeln, als an Sätzen, die zur Mode geworden sind.

Georg Christoph Lichtenberg (1742-1799, deutscher Philosoph und Dichter)

13.01.1971

BRD: Das BdV-Präsidium erinnert am 13. Januar 1971 an den 100. Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches vom 18.01.1871 (x155/222): >>Das Deutsche Reich ist derzeit politisch zwar nicht handlungsfähig, aber es besteht nach dem Grundgesetz und auch nach völkerrechtlicher und unbestrittener internationaler Auffassung in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 weiter. ...

Es ist Pflicht der Deutschen, insbesondere derer, die noch in Freiheit leben, Schaden von Deutschland zu wenden.

... Es war über Jahrhunderte der Wille der Deutschen, gemeinsam in Freiheit zu leben, und dies ist er auch heute. ...<<

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das Deutsche Reich (x051/121-122): >>Deutsches Reich, amtliche Bezeichnung des deutschen Staates 1871-1945, entstanden nach Ausrufung des preußischen Königs Wilhelm am 18.1.1871 in Versailles zum deutschen Kaiser und Verkündung einer Reichsverfassung am 16.4.1871 für einen konstitutionell monarchischen Bundesstaat.

Die Bezeichnung Deutsches Reich wurde auch in der Weimarer Verfassung vom 11.8.19 beibehalten, obwohl die namengebende Monarchie (Reich = König- oder Kaiserreich) abgeschafft wurde.

Die föderalistische Organisation wurde dagegen auch im nun demokratischen Deutschen Reich beibehalten und wie die Verfassung bis 1945 nie formell außer Kraft gesetzt. De facto bedeutete jedoch die nationalsozialistische Machtergreifung 1933/34 die Suspendierung sämtlicher Verfassungsgarantien durch Gleichschaltung in einem zentralistischen Einparteiensstaat. Deutsches Reich wurde identisch mit dem totalitären Führerstaat Hitlers und dehnte sich territorial zu einem Großdeutschen Reich aus. Es erlag im Zweiten Weltkrieg der sich dagegen bildenden gegnerischen Koalition und endete mit der Bedingungslosen Kapitulation am 7./8.5.45.

Das formelle Ende des Deutschen Reiches kam nach Verhaftung der Regierung Dönitz (23.5.45) mit der Junideklaration vom 5.6.45. Während sich die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches betrachtet, sah es die DDR durch Bildung der beiden deutschen Staaten als endgültig erloschen an.<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schreibt später über das Deutsche Reich (x287/181-183): >>... Während die völkerrechtliche Identität des Deutschen Reiches über die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs hinweg bis zu dessen Ende unzweifelhaft feststeht, entzündete sich die geschichts- und rechtswissenschaftliche Auseinandersetzung daran, ob und wann das Reich untergegangen sei.

Wie Hans-Jörg Bücking betont, bedeutet die "Unconditional Surrender" noch keine politische Kapitulation Deutschlands als Ganzes; die militärischen Ereignisse tangierten die deutsche Staatlichkeit nicht. Auch die Verhaftung der "Regierung Dönitz" begründete noch nicht den Untergang des Deutschen Reiches; vielmehr bestand das Völkerrechtssubjekt trotz der militärischen Niederlage fort, da die alliierten Mächte in ihrer ... Erklärung vom 5. Juni 1945 anläß-

lich der Übernahme der "Supreme Authority" ("Obersten Bundesbehörde") eine Einverleibung Deutschlands von sich wiesen.

Die von den Alliierten in Anspruch genommene oberste Gewalt ist von ihnen auch niemals gemeinschaftlich an die später entstandene Bundesrepublik Deutschland zurückübertragen worden. Der zeitweise erhobene Alleinvertretungsanspruch kraft Hallstein-Doktrin war völkerrechtlich deshalb völkerrechtlich unhaltbar. Lediglich innerstaatlich, also nur staatsrechtlich, konnte die Bundesrepublik Deutschland, gestützt auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag, eine Teil-Identität der Bundesrepublik mit dem Staat "Deutsches Reich" behauptet werden, was logischerweise auch die Übernahme der Folgekosten nach sich zog, obwohl die Bundesrepublik nach ihrem Verfassungsverständnis nicht die Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches war.

Die Kernstaatstheorie besagte lediglich, daß die deutsche Staatsgewalt der Bundesrepublik Deutschland durch die verfassungsgebende Gewalt reorganisiert sei, während sich die DDR als sich vom Reich trennender Teil selbständig organisiert habe. Doch war die Staatsgewalt der Bundesrepublik Deutschland durch die westalliierten Vorbehalte im Deutschlandvertrag vom 26. Mai 1952 beschränkt worden.

Während sich alle vier Alliierten in Potsdam darauf geeinigt hatten, sich gesamthänderisch an Deutschland als Ganzem gebunden fühlen, hat weder die Sowjetunion nach der Funktionsunfähigkeit des Kontrollrates jemals formell ihren Rücktritt von der Verantwortung für das Deutschlandproblem erklärt und damit auf ihre Okkupationsrechte verzichtet, noch hat sie den ihr zu Disposition gestellten mittleren Teil Deutschlands mit der Souveränität des Deutschen Reiches begabt. Umgekehrt haben es auch die drei Westmächte stets abgelehnt, die Bundesregierung als eine de-jure-Regierung Gesamtdeutschlands anzuerkennen.

Mit dem Abschluß der Ostverträge nahm die Bundesrepublik Deutschland ohnehin Abschied von dem Identitätsverständnis, daß sie das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 repräsentiere. Mit ihrer Zweistaatentheorie war die DDR schon 1949 von der Identitätstheorie abgerückt. Der Dismembrationstheorie, die eine Zergliederung des Altstaates in zwei souveräne Neustaaten konstatiert, steht nicht nur der Friedensvertragsvorbehalt als Klammer zwischen den beiden deutschen Staaten gegenüber, sondern auch das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes, das die Bundesrepublik Deutschland als Transitorium – bis zur Wiederherstellung des Deutschen Reiches? – vorsieht.

Bleibt also nur die sogenannte Dachtheorie, derzufolge das Deutsche Reich als rechts-, aber nicht handlungsfähiges Dach über den beiden Teilstaaten bestehe, sich aber nicht mehr in den beiden Teilordnungen wiederfinde. Der darin aufbrechende Widerspruch zwischen Sollen und Sein könnte jedoch höchstens durch einen Friedenvertrag der vier ehemaligen Alliierten mit einem Gesamtdeutschland überbrückt werden. ...<<

17.01.1971

BRD: Bundespräsident Gustav Heinemann (1899-1976) erinnert am 17. Januar 1971 in einer Fernsehansprache an den 100. Jahrestag der Gründung des Deutschen Reiches (x056/241):
>>Unsere Geschichte ist in vieler Hinsicht anders verlaufen als die unserer Nachbarn. Man hat uns eine "verspätete" Nation genannt. ...

Der Ruf nach Einheit erhob sich in den Befreiungskriegen gegen Napoleon, bei den unruhigen Studenten auf dem Wartburgfest 1817, in der großartigen Volksfeier 1832 auf dem Hambacher Schloß und sonderlich im ... Jahre 1848/49. Aber jedesmal wurde der Ruf von jenen Dutzenden von Fürstenstaaten erstickt, in die Deutschland zerrissen blieb.

Durften wir 1871 jubeln? ...

Bismarck als Schöpfer der Einheit mit Blut und Eisen – so wurde es gelehrt, ... richtig und falsch zugleich. Bismarck erzwang 1871 den kleindeutschen fürstlichen Bundesstaat unter Ausschluß auch der Deutschen in Österreich – das ist richtig. Aber Bismarck gehört nicht in

die schwarz-rot-goldene Ahnenreihe derer, die mit der Einheit des Volkes zugleich demokratische Freiheit wollten.

Wer also die Linie von den Befreiungskriegen und der Wartburg über Hambach, Frankfurter Paulskirche und Rastatt als Endstation der Revolution von 1848/49 bis nach Sedan und Versailles zieht, verzerrt den Gang der Geschichte. ...

Von Einheit und Recht und Freiheit ... sang erst die Weimarer Republik. Im Kaiserreich, bis 1918, sang man auch "Heil Dir im Siegerkranz" ...

Die Reichgründung hatte die Verbindung von demokratischen und nationalem Wollen zerrissen ...<<

27.02.1971

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) erklärt am 27. Februar 1971 während der Eröffnungsrede einer BdV-Großveranstaltung in Bonn (x155/223-225): >>... 1971 soll wohl die parlamentarische Entscheidung über die Ostverträge fallen.

Die Gefahr für Deutschland liegt auf der Hand. Sie ergibt sich aus den Vertragstexten. Wir sollen uns vertraglich verpflichten, heute und künftig dafür einzustehen,

- daß mehr als ein Viertel Deutschlands Ausland ist und bleibt,

- daß Restdeutschland geteilt ist und geteilt bleibt,

- daß die freie Entscheidung unseres Volkes über Lebensformen und politische Struktur an der Elbe und Werra endet.

Jene, die künftig gegen die Anerkennung von Annexionen und Vertreibung sprechen, die für freie Selbstbestimmung, für das Recht auf die Heimat, für einen gerechten Ausgleich in territorialen Fragen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland wirken, sollen in Zukunft den Angriffen aus der Welt der Unfreiheit mehr oder weniger ausgesetzt sein. Wir sollen uns neuen Interventionsansprüchen öffnen!

Kronzeugen für diese Gefahr sind frühere Aussagen der heutigen Fürsprecher dieser Verträge. Man braucht sich dabei gar nicht auf extreme Aussprüche von Wehner in den Jahren 1950 bis 1963 oder von Willy Brandt zum 17. Juni 1961 zu berufen.

Noch am 28.8.1966 sagte Wehner im Deutschlandfunk, direkt an Gomulka gewendet, daß niemand den Preis der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze, der sowjetischen Besatzungszone als Staat und der Ausklammerung Berlins von uns für diplomatische Beziehungen mit Polen "im Ernst verlangen" könne.

Heute wird ebenso "ernsthaft" das Gegenteil zugesagt, ohne daß sich in den 4 Jahren Entscheidendes geändert hat. Wird damit nicht die Ernsthaftigkeit und Glaubwürdigkeit deutscher Aussagen wieder einmal überhaupt in Frage gestellt, und zwar bei Deutschen und Polen?

Es gibt bisher in dieser neuen Ostpolitik keine einzige Gegenleistung für Deutschland und die Deutschen! Von Entspannung kann keine Rede sein; nicht im freien Zusammenleben der Deutschen, aber auch nicht in Polen und in der Sowjetunion selbst. Dort wachsen die innere Spannung und der Widerstand gegen Not und Diktatur. ...

Die jetzt Verantwortlichen haben früher feierlich versprochen, für die Deutschen soviel wie möglich von Deutschland zu retten, aber nichts mehr davon hat man bei den Ostvertragsverhandlungen gehört.

Die Verträge sind auch kein Schritt zum wirklichen Frieden. Dieser entsteht nicht, indem man dem einen alles gibt und dem anderen das Weggenommene bestätigt. ...

Echte Friedensarbeit droht Gefahr, wenn man das lange und zähe Ringen um friedlichen Ausgleich durch Sanktionen, Schaulusteffekte und einen eilig-unbedachten politischen Ritt roter Husaren zu ersetzen sucht. Auch Illusionen von Schwärmern und Flagellanten dienen dem Frieden nicht. ...

Wenn Breschnew die Verträge als größten Sieg der sowjetischen Politik in Europa sei 25 Jahren bezeichnet, so soll in der Tat vieles von den Deutschen und von den Europäern wegge-

ben werden, was vor 25 Jahren weder verloren noch verspielt war! ...

Die organisierten Heimatvertriebenen sind nicht die ewig Gestrigen, sondern die Fürsprecher für zähes Verhandeln über konstruktive Alternativen auf nahe und auf weite Sicht.

... So sind wir die Rufer zur Umkehr von einem falschen politischen Weg und zur friedlichen Revision von Annexionen und Faustrecht zugunsten von Freiheit, Menschen- und Gruppenrechten und einer freien und gesicherten Ordnung für alle Völker und Volksgruppen in Europa!

Noch 1967 war auch der damalige Bundesaußenminister Willy Brandt Sprecher einer friedlichen Revision. Als "Grundvorstellung" einer europäischen Friedensordnung auch für die Ostgrenze Deutschlands bezeichnete er, daß nicht "einfach zu bestätigen wäre, was der zweite Weltkrieg in Europa hinterlassen hat. Die europäische Friedensordnung müßte Grenzen einebnen und neue Formen der Zusammenarbeit möglich machen. Zu ihr müßte deshalb beispielsweise auch ein europäisches Volksgruppenrecht gehören. Sie müßte Menschenrechte nicht nur deklarieren, sondern auch auf wesentlichen Gebieten praktizieren".

Wir machen nicht Vorwürfe darüber, daß dies noch nicht erreicht ist, sondern deshalb, weil man ohne einleuchtende Begründung diese geschichtlichen "Grundvorstellungen" aufgegeben zu haben scheint. Wir wissen aber auch, daß der Weg zu einer halbwegs gerechten europäischen Friedensordnung weit weg ist. Was wir vermissen, ist Entschlossenheit, Starkmut, Maß und geschichtlicher Weitblick auf diesem Weg.<<

01.03.1971

Frankreich: Staatspräsident Georges Pompidou (1911-1974) erläutert am 1. März 1971 während einer Pressekonferenz den Aufbau einer Konföderation von europäischen Staaten (x128/-281-282): >>... Es kann nur darum gehen, auf dem, was schon vorhanden ist, eine Konföderation von Staaten aufzubauen, die entschlossen sind, ihre Politik zu harmonisieren und ihre Wirtschaft zu integrieren.

Wenn man das Problem so betrachtet, wird man feststellen, daß der Streit um die Supranationalität ein falscher Streit ist. Wenn die europäische Konföderation eines Tages eine Realität ist, wird es sicher auch eine Regierung geben müssen, deren Entscheidungen für alle dazugehörenden Staaten verbindlich sein werden.

Das Problem besteht darin zu wissen, wie, auf welche Weise und unter welcher Form man zu dieser Regierung gelangen wird. Daß man zu ihr gelangt, indem man von technischen Einrichtungen oder von Kommissionen ausgeht, ist eine durch die Tatsachen hinweggefegte Illusion.

...

Es steht für mich fest, daß es an dem Tage, an dem eine echte europäische Regierung zustande kommt, auch ein echtes europäisches Parlament vorhanden sein muß. Dies wirft zahlreiche Fragen auf, und sei es auch nur wegen der unterschiedlichen Meinungen und Gewohnheiten, die in den verschiedenen Ländern der Gemeinschaft in bezug auf die Beziehungen zwischen Regierung und Parlament bestehen.

Bis dahin jedoch erscheinen mir die Spekulationen über die europäische parlamentarische Versammlung vollkommen unnütz. Man kann eine erhebliche Erweiterung dieser Befugnisse nur denken, wenn ihnen eine wirkliche Exekutivgewalt gegenübersteht.<<

30.03.1971

UdSSR: ZK-Generalsekretär Leonid Breschnew erklärt am 30. März 1971 auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU (x299/189): >>... Wenn ein Literaturschaffender die sowjetische Wirklichkeit verleumdet, wenn er unseren ideologischen Gegnern hilft, gegen den Sozialismus zu kämpfen, dann verdient er nur eines – gesellschaftliche Verachtung.<<

19.04.1971

BRD: Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (17/1971) berichtet am 19. April 1971 über das Buch "Die Revolution kommt aus Amerika" des französischen Schriftstellers und Philosophen Jean-Francois Revel (1924-2006): >>Weder Marx noch Jesus

Die dümmsten Menschen lernen sprechen, während die klügsten Affen es niemals fertigbringen. Diesen Satz des amerikanischen Sprachforschers Noam Chomsky gebraucht der französische Philosoph und Publizist Jean-Francois Revel, 47, als boshafte Bonmot gegen linke Studenten Europas, die sich für "linker und für intelligenter links, halten als die Linken anderer Kontinente."

Die hochmütigen europäischen Revolutionsideologen fordert Revel mit der provokanten These seines neuen Buches heraus, das unter dem Titel "Die Revolution kommt aus Amerika" jetzt auf dem Buchmarkt der Bundesrepublik erschienen ist. ...

Seine These: "Es gibt ein revolutionäres Amerika und eine amerikanische Revolution von neuer Art, die etwas ganz anderes ist als die musealen Rekonstruktionen von Revolutionen des 19. Jahrhunderts."

"Weder Marx noch Jesus" lautet denn auch der Titel des Revel-Buches im französischen Original, das in Frankreich wie in den USA Aufsehen erregte. Der französischen Ausgabe vom Herbst 1970 folgt nicht nur eine deutsche, sondern auch im Herbst eine von Mary McCarthy eingeleitete amerikanische Übersetzung.

Mit Vorschußlorbeeren bedacht, verspricht das Buch des Franzosen ein Bestseller in den USA zu werden. So urteilte das Nachrichtenmagazin "Newsweek": "In einem Zeitalter, das durch Untergangsgeschrei à la Spengler fast taub geworden ist, mag sich Revels originelle und optimistische Meinung über die Vereinigten Staaten zumindest als ermutigendstes Buch des Jahres erweisen."

Revel -- er lehrte in Mexico City, Florenz, Lille und Paris -- reüssierte 1959 mit einem polemischen De-Gaulle-Buch "Der Stil des Generals". Seither attackierte der Philosophie-Professor die politische Stagnation der Fünften Republik. Gegenwärtig ist er als Verlagsberater und "L'Express"-Kolumnist tätig und arbeitet außerdem seit vielen Jahren an einer kritischen Philosophie-Geschichte, in deren erstem Band er Platon des Faschismus beschuldigt und den platonischen Staat "eine Erziehungsanstalt für perverse Delinquenten" nennt.

Bedeutend weniger Zeit benötigte Revel, um sein "instinktives Gefühl" bestätigt zu finden, daß es sich bei der amerikanischen "um eine wirkliche Revolution" handele. Nach einer nur zweimonatigen Reise durch die Vereinigten Staaten stellte er fest: Revolutionen kann man auch ohne Marx, Lenin, Mao und Christus machen.

Unter dieser wirklichen Revolution versteht der Philosoph freilich keinen politischen Staatsstreich, der nach Ansicht nur neuen seiner Eliten Macht und Gelegenheit gibt, ihrerseits die machtlose Mehrheit zu unterdrücken. Sinn der neuen, der "zweiten Weltrevolution" ist für ihn vielmehr eine "Abrechnung mit der Zukunft", nicht mit der Vergangenheit.

Gerade dadurch, so meint Revel, sei die amerikanische Protestbewegung charakterisiert: Sie stelle sich konkreten, jeden Bürger angehenden Fragen, sie opponiere dem Vietnam-Krieg, der Rassendiskriminierung, der Umweltverseuchung und mangelnden Sanierung der Slums.

Anders hingegen sei es bei den Rebellen Europas, die sich in weltfremder Schwärmerei für überholte Lienlogien ergingen. Pauschal verwirft er die kraftlose Vergangenheitssucht Europas: "Es handelt sich immer darum, auf etwas zurückzukommen: auf Bakunin, auf Marx, auf Mao, auf Castro, auf Guevara, auf Lenin, auf Trotzki, auf Gott, auf Buddha, auf die vormaschinelle Zivilisation ... In den meisten Gruppen der Linken ... ist an die Stelle des revolutionären Geistes der Geist der Imitation getreten."

Dadurch werde der Protest der europäischen Linken auf den ohnmächtigen Versuch reduziert, in der Theorie "politische Textbücher mit Bühnenanweisungen wie den Maoismus oder den

Castroismus auf ihre Gesellschaft zu übertragen, wo sie nicht anwendbar sind".

Sogar in den sozialistischen Ländern verzeichnet Revel den "Bankrott der Revolution" und den wirtschaftlichen Mißerfolg.

Nur dort, wo die bürgerlichen Freiheiten dank einer "weitherzigen Verfassung" unangetastet und so weitreichend wie möglich in Kraft sind, kann im Laufe einer neuen Revolution auch der Übergang von der bereits bestehenden politischen Demokratie zur ökonomischen Demokratie, zum wirklichen Sozialismus vor sich gehen,

Entgegen der europäischen Verachtung für ein angeblich unkultiviertes, uniformes und rettungslos dem Faschismus und Rassismus ausgeliefertes Amerika insistiert Revel optimistisch auf den liberalen Wesenszügen der US-Gesellschaft: "Diesen verfassungsmäßigen Spielraum, das heißt Freiheit, bieten die Vereinigten Staaten mehr als jeder andere Staat."

So betont er die Vielfalt des amerikanischen Protests mit seinen zahlreichen Sekten und Subkulturen und anerkennt die Fähigkeit dieses liberalen Pluralismus, fünf die Gesellschaft verändernde Prozesse zugleich in Gang zu halten: die politische, soziale, wissenschaftlich -- technologische, ethisch-kulturelle Veränderung und die Umwälzung im Verhältnis der Rassen und Nationen. Alle zusammen zeigten einen "Wandel der amerikanischen Zivilisation" an.

Zwei Tendenzen hält Revel hierbei für besonders wichtig: die "Revolution durch Information" und den "Übergang von der inneren zur äußeren Demokratie".

Die Informationsfreiheit der amerikanischen Massenmedien gilt ihm als "Brückenkopf für jede politische Freiheit": "Eine Live-Reportage über eine Negerrevolte oder über das Einschreiten auf einem Campus bewirkt nicht nur, daß die gesamte Bevölkerung besser 'unterrichtet' ist ... sie verwandelt den Fernsehzuschauer auch in einen Akteur ... sie bezieht ihn in das Geschehen ein."

Laut Revel bildet daher auch die Macht der freien Information -- nicht mehr das Parlament -- das einzige Gegengewicht gegen die "fast vollkommene Allmacht der Exekutive" aber er meint zugleich: "Diese Macht ist entweder vollkommen, oder es gibt sie überhaupt nicht."

Die Macht der Information in den Vereinigten Staaten erläutert Revel an der Tatsache, daß weder der britische noch der französische Imperialismus jemals so in Frage gestellt worden sei wie der amerikanische: Zum erstenmal in der Weltgeschichte hat in den USA die totale Informationsfreiheit der Massenmedien dazu geführt, daß Imperialismus nicht nur von außen, sondern auch an seiner Quelle, also von innen her bekämpft wird. So glaubten 56 Prozent aller erwachsenen Amerikaner nach einer Umfrage von Mai 1970, die USA seien in Vietnam im Unrecht.

Diesen Übergang von der inneren zur äußeren Demokratie, zur Einsicht vieler Amerikaner, daß ungeachtet eigener Machtinteressen fremde Völker und Rassen das Recht auf Freiheit und Gleichheit, auf ihr ungehindertes Eigenleben haben, nennt Revel einen großen Fortschritt "in Richtung auf die Abschaffung der Außenpolitik überhaupt" -- auf das Ziel der zweiten Weltrevolution.

Amerikas Schattenseiten verdrängend, behauptet Revel in einer fragwürdigen Schnellfeueranalyse der US-Gesellschaft: "Die gesamte weiße Arbeiterklasse ist konservativ, die Wirtschaftskreise sind für Reformen, und die Bundesorgane treten seit 20 Jahren gegen den lokalen Rassismus und für die Rechte der Neger ein."

Dem Vorwurf der politischen Naivität, "ein bißchen utopisch" zu sein -- der in der Pariser Zeitung "Les Echos" dann gegen Revel erhoben wurde -, hielt er vorsorglich entgegen: "Nichts ist so naiv wie der Vorwurf der Naivität in der Politik." <<

26.04.1971

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) erklärt am 26. April 1971 (x155/230): >>... Die Bundesregierung übernimmt immer mehr die Terminologie der Sowjetunion in völkerrechtlichen Fragen; so ist die Rede von "tatsächlichen" oder "gegenwärtigen" Grenzen, von der

"wirtschaftlichen Lage in Europa", von der "Normalisierung der Lage", von der vollen Hin-
nahme und Akzeptierung "der Folgen des Krieges".

Ebenso unterwirft sie sich seit Jahren bestehenden polnischen Forderungen, indem sie im Ge-
gensatz zur Begriffsbestimmung mindestens eines Dutzends deutscher Gesetze nicht mehr
von "Aussiedlern", sondern nur noch von "Rückkehrern" oder "Umsiedlern" spricht, um den
Polen die peinliche Tatsache, daß über eine Million Deutsche in der Heimat sich ohne Men-
schen- und Gruppenrechte und heimatlos fühlen und daß es sich um Nachkommen von unzäh-
ligen Generationen Deutscher in Ostdeutschland handelt, verschleiern zu helfen. ...<<

20.06.1971

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) erklärt am 20. Juni 1971 (x155/232-233): >>...

Der BdV bedauert, daß die Bundesregierung den Interventionsversuchen des Ostblocks gegen
die Meinungsfreiheit der Vertriebenen und der nichtdeutschen Exilgruppen, den Forderungen
des Ostblocks zur Änderung zahlreicher Gesetze und unseres Bildungswesens nicht mit größ-
ter Entschiedenheit entgegentritt. Wir widersetzen uns dem Versuch, den BdV zur Preisgabe
eines Teils seiner satzungsmäßigen Pflichten zu veranlassen.

Für die Menschen und ihre Rechte hat sich durch die Verträge nichts ergeben. Die Aussied-
lung ist vorerst zahlenmäßig auf dem Stand von 1966, weit entfernt von den Zahlen im Jahre
1957 und 1958. Eine Wiederherstellung der Menschenrechte der in der angestammten Heimat
lebenden Deutschen ist ausgeblieben; entgegen der auch für internationale Verträge grundsätz-
lich auferlegten Obhutspflicht für deutsche Staatsangehörige wurden ihre Menschenrechte und
Grundfreiheiten vertraglich nicht gesichert.

Die verfassungsmäßige Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für alle deutschen
Staatsangehörigen und für das gesamte Deutschland darf nicht stillschweigend auf den räum-
lichen Geltungsbereich des Grundgesetzes beschränkt werden. Dafür fehlen die zur Verfas-
sungsänderung notwendigen Mehrheiten.

Wir beklagen es, daß künftig der noch immer freie Teil Deutschlands nicht auch für das Wohl
ganz Deutschlands handeln soll. Wir warnen eindringlich davor, durch Änderung der Be-
zeichnungs- und Kartenrichtlinien die Preisgabe Deutschlands ohne Verfassungsänderung von
Amts wegen in breiteste Schichten der Bevölkerung und der Jugend zu tragen.

... Der politische und gesetzliche Auftrag, das Kulturgut der Vertreibungsgebiete und ihrer
Volksgruppen im Bewußtsein des ganzen deutschen Volkes lebendig zu erhalten und zu ent-
falten, darf auch von staatlicher Seite nicht nur zur Pflege von Erinnerungen und Traditionen
stillschweigend umgestaltet werden, sondern ist nach Sinn und Wortlaut des Gesetzes zu er-
füllen.<<

28.06.1971

BRD: Franz Stangl (1908 in Altmünster/Österreich geboren) stirbt am 28. Juni 1971 im Düs-
seldorfer Zuchthaus.

Stangl leitete ab Mai 1942 das Vernichtungslager Sobibór und übernahm im September 1942
das Vernichtungslager Treblinka. Er wurde erst 1967 in Brasilien aufgespürt und später ausge-
liefert. Im Jahre 1970 erhielt Stangl eine lebenslängliche Zuchthausstrafe.

30.06.1971

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) kritisiert am 30. Juni 1971 die Änderung der
bisherigen Deutschlandkarten (x155/234-235): >>Das Präsidium des BdV hat seit Wochen
vor den Absichten der Bundesregierung zur Änderung der Karten- und Bezeichnungsrichtlini-
en gewarnt.

Durch juristisch nicht verbindliche "Hinweise" an die einzelnen Ministerien und Länder ver-
sucht sie, die Feststellung und Anfechtbarkeit von Verfassungswidrigkeiten verbindlicher
Rechtsakte zu umgehen und die Urheber von Verfassungswidrigkeiten hinter undurchsichti-
gen Kompetenzen zu verbergen Wenn nun die Deutschen schrittweise an das Verschwinden

Gesamtdeutschlands von den Karten und aus dem Sprachgebrauch gewöhnt werden sollen, versucht man damit, die Hinnahme verfassungswidriger Rechtsakte bei dem Ratifizierungsverfahren der Ostverträge vorzubereiten.

Die Verfassungsorgane der Bundesrepublik dürfen aber nach wiederholter Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts Teile Deutschlands in den Grenzen von 1937 nicht als Ausland behandeln. ...

Dem Bewußtsein der Bürger soll möglichst unauffällig eingepflegt werden, daß unsere Verpflichtung zur Wahrung berechtigter Interessen ganz Deutschlands aufgehoben wird.

Verbindliche Rechtsakte in dieser Richtung setzen aber die Verabschiedung einer neuen Verfassung voraus. Dafür gibt es weder die zur Änderung des Grundgesetzes erforderlichen Mehrheiten bei den Verfassungsorganen noch den mehrheitlichen politischen Willen der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Auch unsere Bindungen durch das Völkerrecht gestatten einen solchen Vorgriff auf friedensvertragliche Regelungen nicht. ...

Freiheit bleibt Freiheit! ...

Fremde Verwaltung deutscher Gebiete bleibt fremde Verwaltung!

Noch immer sind alle Verfassungsorgane verpflichtet, alles zu unterlassen, was dem Inkraftsetzen des Grundgesetzes in den anderen Teilen Deutschlands entgegensteht und den grundgesetzlichen Auftrag zur freiheitlichen Einigung der Deutschen behindert.<<

29.08.1971

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) berichtet am 29. August 1971 während seiner Rede zum "Tag der Heimat" (x155/235-242): >>26 Jahre nach der Vertreibung ist dieser Tag nicht nur ein Tag des Gedenkens an die Heimat, des Bekenntnisses zu ihr und zum Recht auf die Heimat!

1971 ist dieser Tag auch ein fast verzweifelter Aufruf zur Verteidigung der Freiheit von uns allen! Zur Verteidigung der Freiheit, die wir noch heute haben, zur Verteidigung der Sicherheit des freien Europa, zur Verteidigung der Menschenrechte hier und in der angestammten Heimat, für Deutsche, für die Europäer und für alle Opfer des Terrors! ...

26 Jahre nach der Vertreibung müßten da eigentlich Heimatvertriebene und Heimatverbliebene in früher kaum geahnter Weise am Tag der Heimat zusammenzustehen. Man hat die drohenden Gefahren noch weithin nicht voll erkannt! Es wächst die Bedrohung durch die Unfreiheit, durch Interventionen von außen, durch äußeren politischen Druck durch Illusionen, daß man einen Wandel der Ereignisse in der politischen Annäherung an die Welt der Unfreiheit erreichen könne, bei riskanter Lockerung der Bündnisse, bei Gefährdung unserer Sicherheits- und Verteidigungsgrundlagen.

Die Ostdeutschen bringen manche Sachkunde über Osteuropa mit. Mit tiefem Erschrecken sehen sie, wie viele politisch Verantwortliche in der westlichen Welt gegenüber den eindeutig umschriebenen Zielen der sog. "friedlichen Koexistenz" den Kopf in den Sand stecken.

Schon Lenin wollte in der Phase "des Übergangs bis zum umfassenden Sieg des Kommunismus zeitweilige Bündnisse mit nachgiebigen Kräften" der weltanschaulichen Gegner. Lenin war ausdrücklich der Meinung, daß die Sowjetdiplomatie den nachgiebigen Flügel im bürgerlichen Lager gewinnen muß, um wie er sich ausdrückte, die Bourgeoisie zu zersetzen.

... Breschnew hat am 27. August und am 1. Dezember 1970 die Ostverträge als einen großen Sieg der "friedlichen Koexistenz" gefeiert. In zahlreichen Ostblockschriften kann man lesen, daß der Klassenkampf trotz der "friedlichen Koexistenz" mit größter Entschiedenheit fortzusetzen ist.

... Manulski meinte 1931, nach 30 Jahren käme die Stunde des Kommunismus; dazu bedürfe es des Elements der Überraschung; die Bourgeoisie (herrschende Klasse in der kapitalistischen Gesellschaft) müsse eingeschläfert werden; man müsse theatralische Friedensbewegungen in Szene setzen. Die dekadenten kapitalistischen Länder würden an ihrer eigenen Zerstö-

rung mitarbeiten. ...

Es sei dazu klar gesagt: Wir sind nicht überhaupt gegen Gespräche und Verhandlungen; aber eine wirkliche Koexistenz setzt eine weltpolitische Lage voraus, die die Sowjetunion zwingt, die eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten. ... Es ist eine Illusion, wenn man meint, daß in einem Rote-Husaren-Ritt alle Gegensätze in Europa zu überwinden sind und die deutsche Frage in wenigen Monaten zu regeln ist. ...

Ein wirklich dauerhafter Friede setzt einen tragbaren, halbwegs gerechten Ausgleich voraus. Die Anerkennung Ostpreußens, Westpreußens, und von Teilen der Mark Brandenburg, Pommern, Schlesiens und Oberschlesien als Ausland, die Preisgabe von über 100.000 qkm Territorium von Deutschland und der Menschenrechte von Millionen Deutschen, die selbst an Unrechtstaten nicht schuldig waren, dazu noch die Teilung Restdeutschlands, das ist kein tragbarer und halbwegs gerechter Ausgleich!

Dies dient nicht einem dauerhaften und wirklichen Frieden! Weder für uns, noch für unsere unmittelbaren östlichen Nachbarn. Für die Osteuropäer ist eine solche deutsche Einstellung ungläubwürdig. Dies gibt ihnen nicht mehr Sicherheit, sondern mehr Mißtrauen! ...

Gleichzeitig aber wachsen die östlichen Interventionsansprüche gegen unsere freiheitliche Rechtsordnung ...

Der stellvertretende polnische Außenminister Willmann verlangt die Änderung zahlreicher deutscher Gesetze, die Änderung unseres Bildungssystems und die Eliminierung der Vertriebenenorganisationen nach der Ratifikation des Warschauer Vertrages. ...

Weder ist die schrittweise Wiederherstellung der Menschen- und Gruppenrechte vertraglich vereinbart, noch wird das Recht auf Freizügigkeit und auf die angestammte Heimat gesichert. Die Anerkennung aller Annexionen in Europa nach 1945, gerade durch die Deutschen und das völlige Ausklammern der Regelung aller personalen Rechte kann unmöglich dem Frieden dienen. ... Eine Entschädigung für die betroffenen Deutschen ist weder vereinbart, noch wird sie ins Auge gefaßt; umgekehrt drohen uns nach einer eventuellen Ratifikation ungeheure Schadenersatzforderungen.

... Wir haben nie das grauenhafte Unrecht verschwiegen, das Deutsche anderen zugefügt haben. Wir bedauern aber tief, daß man konstant das Unrecht, das an Deutschen begangen wurde, verschweigt. Das Unrecht vieler Deutscher rechtfertigt nicht die Massenvertreibung von Millionen unschuldiger Menschen. ...

Wir können auch nicht schweigen zu dem sich anbahnenden stillen und stillschweigend vollzogenen Verfassungswandel bei uns. Der Deutschlandbegriff, auf dem das Grundgesetz gründet, das Verbot des Grundgesetzes in Artikel 23, daß die Bundesrepublik Verpflichtungen eingeht, die den Beitritt der anderen Teile Deutschlands in den Grenzen von 1937 zum Grundgesetz oder aber die Schaffung einer neuen freiheitlichen Ordnung durch freie Selbstbestimmung des ganzen deutschen Volkes unmöglich machen, werden immer mehr ausgehöhlt. Das Bundesverfassungsgericht hat diese Bestrebungen, wenn sie evident (offenbar) sind und die genannten Wege auf Dauer vertraglich zu verbauen drohen, wiederholt als verfassungswidrig bezeichnet. ...

Für uns ist das Grundgesetz kein juristischer Formelkram. Die staatliche und die internationale Rechtsordnung werden leider oft gebrochen, es gibt nur geringe Ansätze für ihren internationalen Schutz; aber wir selbst haben es erlebt, daß dann, wenn der Kern des staatlichen oder internationalen Rechts erheblich verletzt wird, die Folgen katastrophal sind. Wir widersprechen daher mit Entschiedenheit jedem stillen Verfassungswandel! ... Dies hat schon einmal zur Zerstörung der Rechtsordnung in Deutschland, und zwar am Ende der Weimarer Republik, geführt! ...

Gerade weil wir nicht die ewig Gestrigen sind, wissen wir, daß man mit Formeln, mit Papieren und Verschleierung von Gegensätzen keinen dauerhaften Frieden stiften kann. ...

... 800 Jahre deutsche Präsenz im Guten und im Bösen in Ost-, Mittel- und Südosteuropa sind nicht unbedingt nach 25 und 30 Jahren endgültig beendet. ...

... Nur wenn man die enge und nahe Zusammenarbeit im schwierigen Alltag, allerdings in garantierter Freiheit und Selbstverwaltung wagt, wird man die alten Gegensätze wirklich aufarbeiten.

Wenn wir für Versöhnung durch Gerechtigkeit und gesicherte Zusammenarbeit öffentlich auftreten, beschuldigt man uns des Revanchismus. ...

Am Tag der Heimat erbitten wir von unseren heimatvertriebenen Mitbürgern nicht nur freundliche Bekundungen des Mitgefühls. Wir bitten unser Volk um die Solidarität mit uns! ...

Ich wiederhole die Bitte des Präsidiums des Bundes der Vertriebenen an die Verfassungsorgane, die Parteien und die freie Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland, mit größter Entschiedenheit der wachsenden Bedrohung unserer Freiheit, unserer im Grundgesetz verankerten Rechtsordnung sowie einem stillen Verfassungswandel entgegenzuwirken. ...

Wir wollen unsere Rechte und das Offenhalten der deutschen Frage bis zu einem halbwegs gerechten Ausgleich mit allen legalen und friedlichen Mitteln verteidigen. ...

Soweit unsere Bewegungsfreiheit und unsere Kräfte reichen, wollen wir alle den Dienst für die Freiheit der Deutschen und aller Europäer, den Dienst für einen gerechten und dauerhaften Frieden nicht aufgeben!

Dafür trotz der Düsternis der Zeit ein herzliches Glückauf!<<

03.09.1971

BRD: Der ständige Rat der ostdeutschen Landesvertretungen berichtet am 3. September 1971 über die "neue Ostpolitik" (x155/243-244): >>... Normalisierung, Entspannung, Versöhnung oder selbst Friede sind so lange nur betörende Schlagworte, wie sie allein Verzicht begründen sollen, Rechte von Staat und Menschen aber verschweigen. ...

3. Sind "die Interessen der Bundesrepublik Deutschland und die Berliner Interessen" für den frei gewählten Bundestag und die Regierung nicht mehr identisch mit den rechtmäßigen Interessen ganz Deutschlands und aller seiner Bürger, ist also das Verfassungsgebot, "die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden", nicht mehr bindend?

4. ... Soll die Hinnahme von Massenvertreibungen als Achtung vor einer Selbstbestimmung der betroffenen Mitbürger gelten? ...

6. Können "menschliche Erleichterungen" auf dem Boden von Gewalttat und von Nichtachtung der Menschenrechte gedeihen, auf denen überlegene Macht beharrt? ...

8. Sind unsere Demokratie und ihre Regierung unfähig geworden, allen Bürgern zu dienen; werden Sicherheit und Frieden von Opfern erhofft, die ungefragt den Ost-Berliner, mitteldeutschen, ostdeutschen und vertriebenen Staatsbürgern abverlangt werden? ...<<

10.12.1971

Norwegen: Bundeskanzler Willy Brandt erhält am 10. Dezember 1971 in Oslo den Friedensnobelpreis.

24.12.1971

BRD: BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) fordert am 24. Dezember 1971, die "neue Ostpolitik" zu reformieren (x155/250-251): >>... Von Entspannung ist in Rumänien, Jugoslawien, bei den Polen, bei den Tschechen und Slowaken nichts zu merken. ...

Die von Frieden nur schwärmten und ihn nicht mühselig durch zähes Ringen um schrittweisen Ausgleich der Gegensätze zu stiften, hatten vergessen, daß der Friede auch das Werk der Gerechtigkeit ist. ...

In dieser Welt gibt es meist nur kurzen Erfolgsjubel und lange dornige Wege. Die Welt ist weder heil noch unheil, aber sie ist schwierig. Ein Grund zur Verzweiflung liegt nicht vor.

... Auch in dieser Welt ist nichts endgültig geregelt, es sei denn halbwegs gerecht geregelt! Wer an eine sittliche oder gar an eine göttliche Ordnung für die Menschen in dieser Welt

glaubt, wird die Zuversicht des inneren Friedens auch für dieses schwere Jahr nicht verlieren!

...<<

1971

DDR: Verteidigungsminister Heinz Hoffman (1910-1985) berichtet im Jahre 1971 über das "Feindbild" der DDR (x243/211): >>... (Es gilt) den Imperialismus nicht nur als System abzulehnen und zu hassen, sondern diesen Haß ... auch gegen alle jene zu richten, die unter der Befehlsgewalt imperialistischer ... Offiziere gegen uns zum Angriff bereitstehen. ...

Die bedingungslose Bereitschaft, den Sozialismus unter Einsatz des eigenen Lebens zu verteidigen (erfordert) Grundeinstellungen, ... die ... planvolles erzieherisches Einwirken durch alle Partei- und Staatsfunktionäre, Lehrer, ... Vorgesetzte, ... Väter und Mütter verlangen. ...

Die ideologische Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus (wird sich) in den kommenden Jahre verstärken, ... der Gegner (wird die) Treue ... zum Sozialismus ... und die Verteidigungsbereitschaft unserer Jugend zu untergraben (versuchen). Damit gewinnt die Vermittlung eines klassenmäßigen Feindbildes besondere Bedeutung. ...

Die große Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung (wird sich) für die Durchsetzung imperialistischer Raub- und Expansionskriege mißbrauchen lassen.<<

In einem Lesebuch für die 4. Klasse werden im Jahre 1971 die Berliner Grenzzwischenfälle wie folgt dargestellt (x243/194): >>... Seit dem 13. August 1961 wurden unzählige verbrecherische Anschläge auf unsere Staatsgrenze verübt. Viele Male hat man unsere Grenzposten von Westberlin aus beschossen, ... feige umgebracht oder schwer verletzt. Aber all das hat den Verbrechern nichts genutzt. An der überlegenen Ruhe unserer Grenzsoldaten ... prallten alle feindlichen Angriffsversuche ab.<<

1972

Es geht nicht darum, Grenzen zu verschieben, sondern den Grenzen ihren trennenden Charakter zu nehmen.
--

<i>Unbekannter Verfasser</i>

22.01.1972

Belgien: Die Regierungen von Großbritannien, Dänemark, Irland und Norwegen schließen am 22. Januar 1972 Beitrittsverträge mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft ("EG").

28.01.1972

BRD: Die Regierungschefs von Bund und Ländern beschließen am 28. Januar 1972, Bewerber für öffentliche Stellen durch den Verfassungsschutz überprüfen zu lassen (x243/174): >>... Nach den Beamtengesetzen ... darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt. ...

Gehört ein Bewerber einer Organisation an, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt, so begründet diese Mitgliedschaft Zweifel daran, ob er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten wird. Diese Zweifel rechtfertigen in der Regel eine Ablehnung des Anstellungsantrages.<<

24.02.1972

BRD: Franz Josef Strauß (CSU) kritisiert am 24. Februar 1972 während einer Bundestagsrede die Ostverträge (x073/258): >>... Diese Verträge dienen nicht der Versöhnung mit den Völkern, sondern der Befriedigung der Wünsche ihrer Machthaber.

Zweitens, sie bieten keine humanitären Erleichterungen, sondern bringen zunächst eine Verschärfung der Unterdrückung.

Drittens. Die Verträge dienen nicht der Entspannung, wenn man unter "Entspannung" die Beseitigung der Spannungsursachen versteht.

Viertens. Die Verträge bedeuten eine Festigung des sowjetischen Besitzstandes ...
Meine politischen Freunde und ich sind der Überzeugung, daß diese Verträge in der vorliegenden Fassung, die über militärischen Gewaltverzicht und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit hinausgeht, einen Bruchpunkt in der deutschen Nachkriegsgeschichte bedeuten auf der Straße, an deren Ende nur Unheil stehen kann.<<

25.02.1972

BRD: Der CDU-Bundestagsabgeordnete Schröder erklärt am 25. Februar 1972 in der Debatte über die Ratifizierung der Ostverträge (x148/157-158): >>Die Bereitschaft der Sowjetunion zu Abmachungen mit uns war vor - sagen wir - 5 oder 6 Jahren sicherlich geringer als jetzt, und ihre Sorgen waren geringer.

Wenn also eine wachsende Bereitschaft der Sowjetunion ihrer veränderten Interessenlage entspricht oder entsprach, so konnte auf unserer Seite mit mehr Geduld, mit mehr Festigkeit und mehr Ausdauer verhandelt werden, statt hastig zuzugreifen, obwohl noch sehr wenig auf dem Tisch lag. ...

Unsere Kritik an den Verträgen beruht auf der Befürchtung, daß die Teilung Deutschlands vertieft, die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für alle Deutschen erschwert wird; das im Deutschland-Vertrag niedergelegte Engagement unserer 3 großen westlichen Verbündeten, zu einer freiheitlichen Lösung der deutschen Frage beizutragen, mit Sicherheit durch diese Verträge nicht gestärkt, sondern vermindert wird. ...<<

BdV-Präsident Dr. Czaja (1914-1997) kritisiert am 25. Februar 1972 die deutsche Bundesregierung (x155/252-254): >>Es geht um die tiefen Auswirkungen auf die Menschenrechte und die individuellen Rechte von Millionen Deutscher. ... Wenn sie auch nicht die früheren Vertreibungstatbestände als legitim anerkannten, haben sie doch die Folgen dieser Vertreibung, insbesondere für die Zukunft ohne Rechtswahrung hingenommen und die Folgen der Zukunft legalisiert!

Die Aufarbeitung auch des Unrechts der Massenvertreibungen und der Ansatz zur Wiederherstellung der Menschenrechte fehlt.

Es ist ein einmaliger Fall in der deutschen Vertragsgeschichte, daß 108.000 qkm als Ausland festgestellt wurden und für die betroffenen Menschen nichts vereinbart worden ist; weder für diejenigen, die nach der Vertreibung hier leben, noch für diejenigen, die in ihrer Heimat als Deutsche sich noch befinden.

... In der Präambel des Lastenausgleichsgesetzes ist sein Übergangscharakter und der Vorbehalt der Rückgabe oder Entschädigung des verlorenen Vermögens verankert. Solange die Bundesrepublik Deutschland sich nicht selbst ihrer politischen und Rechtsposition auf unsere Heimat begibt, mag dies gelten. Wenn sie dies aber tut und nicht gleichzeitig ihre Schutzpflicht für das in der Heimat entzogene Eigentum erfüllt, muß sie entschädigen, und zwar vor allen anderen bevorstehenden wesentlichen Leistungen an das Ausland!

Und wie steht es um unsere Deutschen in den Oder-Neiße-Gebieten? Man hat die Durchsetzung unserer Schutzpflicht nunmehr, da man einen Vertragszustand will, nicht erreichen können. Die Antwort auf die Anfrage der CDU/CSU über die Folgen der Ostverträge gibt zu, daß für die Zeit nach einer eventuellen Ratifikation überhaupt keine vertraglich vereinbarten Schutzmöglichkeiten für die deutschen Staatsangehörigen in diesen Gebieten bestehen. Wenn dem so ist, dann hätte man so weder politisch noch sittlich, noch verfassungsmäßig die Berechtigung gehabt, Inland zum Ausland zu machen.

Es gibt auch eine Treuepflicht des Staates gegenüber seinen Bürgern in der Verpflichtung, bei so fundamentalen Verträgen diplomatischen Schutz zu sichern.

Ohne die Festschreibung dieser Gebiete als Ausland gab es fast besser funktionierende Handelsabkommen als jetzt. Für die Lieferung von Getreide durften 1957 über 100.000 Deutsche aussiedeln, das 4fache von 1971; 1958 = 120.000, das 5fache der jetzigen Zahlen. ...

Es wurde keine Option vereinbart, kein Recht auf freie Entfaltung des kulturellen deutschen Lebens des Einzelnen und der Volksgruppe, kein Recht auf freien Gebrauch der Muttersprache in der Erziehung, in der Öffentlichkeit, im religiösen Bereich, kein freier Zusammenschluß in deutschen Vereinen und Verbänden, kein Recht auf freie Berufswahl der Deutschen, keinerlei Wahrung deutscher Grundrechte.

Was antworten wir auf die Tausende von Briefen von denen, die zum 10. oder 15. Mal beim Antrag aus Aussiedlung abgelehnt wurden, die arbeitslos gemacht wurden, die diskriminiert wurden, die Spießruten laufen müssen in öffentlicher Rechtfertigung, die keine Arbeitsabgabebescheinigung erhalten, die in der Öffentlichkeit und im Gottesdienst nicht deutsch reden können, weil es der Staat den dort lebenden Deutschen verbietet?

Wie wollen sie nach der von Ihnen geforderten Ratifikation jenen dort lebenden Deutschen, die, wie unser Innenminister angibt, unter Zwang die polnische Staatsangehörigkeit beantragen müssen, dann den Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit wie bisher sichern?

Ist nicht die vorrangigste sittliche und rechtliche Pflicht beim Abschluß internationaler Verträge, die am meisten bedrängten deutschen Staatsangehörigen zu schützen?

Können wir zu einem neuen massiv übersteigerten Nationalismus schweigen, nur weil der brutale Nationalsozialismus noch viel Furchtbareres tat? ... <<

29.02.1972

BRD: Der BdV-Vizepräsident Dr. Herbert Hupka (1915-2006) erklärt am 29. Februar 1972 seinen SPD-Austritt und beantragt die Aufnahme in die CDU/CSU-Bundestagsfraktion (x155/254-255): >>Es ist schlechter Stil, wenn ich zusammen mit meinen Fraktionskollegen Willy Bartsch und Dr. Franz Seume als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen - beiden Ausschüssen gehöre ich seit Beginn der Legislaturperiode im Herbst 1969 an - in dem Augenblick von der Fraktionsspitze der SPD abberufen werde, da es um eine für den einzelnen und das ganze deutsche Volk gravierende Entscheidung geht.

Wer als Sozialdemokrat gegen Text, Inhalt und die Folgen der Ost-Verträge schwere Bedenken vorbringt, soll mundtot gemacht werden, indem er von den Beratungen über die Verträge ausgeschlossen wird. ...

Ich habe mich noch nie einer Autorität gebeugt, die für sich Unfehlbarkeit in Anspruch nimmt.

... Durch diese Verträge wird die Teilung Deutschlands festgeschrieben, die Möglichkeit, Deutschland in Freiheit wiederzuvereinigen, zugeschüttet, gleichzeitig die Freiheit nicht sicherer. ...

Noch bis zur Wahl vom Herbst 1969 war von den ersten Repräsentanten der SPD zu hören, daß so viel wie möglich von Deutschland für das deutsche Volk zu retten ist, daß Faustrecht nicht als Recht ausgegeben werden darf. Was aber jetzt geschieht, steht im krassen Widerspruch zu den früheren Äußerungen.

... Darum verlasse ich nach reiflicher Überlegung die SPD. ...<<